

Volkswacht

Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Bezirk Merseburg

Das "Volkswacht" erscheint mit täglichen Beilagen sowie "Wort und Tat", als die Publikations-Organ der sozialdemokratischen u. unerschütterlichen, Organen der Arbeiterbewegung. Verleger: Dr. Walter Kricheldorf, Halle, Markt 24/25. Besondere Anstaltsverwaltung mittags von 12 bis 1 Uhr. — Anzeigen: Einzelnummern 15 Pfennig, halbjährlich 4 Mark, jährlich 7 Mark 50 Pfennig.

Belegpreis monatlich 2.00 RM., u. 0.30 RM. halbjährlich, insgesamt 2.30 RM., die Abgabe einschließlich 0.30 RM. Belegpreis 2.30 RM., durch Vorbestellung jedoch 2.70 RM., bei direkter Einlieferung an den Verlag 2.90 RM. — Anzeigenpreis 12 Pf. im Anzeigen- und 20 Pf. im Restenteil der Zeitungsblätter. Druckerei: Dr. Walter Kricheldorf, Halle, Markt 24/25, 26/25. Verlagskonto 20319 Berlin

Wie das belgisch-französische Militärgeheimabkommen erfunden wurde

Ein glatter Schwindel

Der Urheber verhaftet und geständig - Hitler, Hugenberg und Konsorten haben ihre Hand im Spiel Der ehemalige deutsche Geschäftsträger in Brüssel, Mackensen junior, als Spionage-Interessent

Mannesmann-Strejemann.

Worte und Taten eines Wortsführers.

Von Dr. Paul Herz, D. v. R.

Nach dem offiziellen Bericht hat der Führer der Deutschen Volkspartei, Herr Strejemann, auf der Tagung der Zentralvorstände am 26. Februar sich über die Rückgewinnung des Reiches folgendermaßen geäußert:

„In eingehenden Ausführungen schilderte Herr Strejemann das rapide Anwachsen der Ausgabewirtschaft, deren Bekämpfung Reich, Länder und Gemeinden tatsächlich nur mit Steuern erfüllen können. Er schilderte, wie die Steuerzahler wie eine Zitrone ausgequetscht werden, wie man dem Bauern die Kuh wegpfände, weil er die Steuern nicht zahlen könne.“

Das selbständige Unternehmertum verfallt durch das Fehlen der Kapitalbildung einem schnellen Sterben. Wir sehen, wenn die Dinge so weiter gehen, vorer ruht auf der einen Seite und vor einer Millionenheer von Angestellten und Arbeitern auf der anderen Seite. Wir müssen feststellen, daß es mit dieser Politik nicht weitergeht, wenn wir nicht lebenden Augen in den Abgrund hineinstürzen wollen.“

Er sprach Herr Strejemann vor den Führern seiner Partei. Er verlor es wäre, Herrn Strejemann darüber zu belehren, daß die Großkonjunktur in Deutschland ihre mächtigste Stütze in der Deutschen Volkspartei haben, hier soll darauf verzichtet werden. Denn viel interessanter ist eine Gegenüberstellung der Worte und Taten von Herrn Strejemann selbst.

Herr Strejemann beklagt sich über das ungeheure Anwachsen der öffentlichen Ausgaben. Es erfüllt ihn „mit Grauen“, Tränen stürzen in seine Augen, wenn er schildert, „wie die Steuerzahler wie eine Zitrone ausgequetscht werden“ und wie man „den Bauern die Kuh aus dem Stall pfände“. Man sollte in folgebesseren annehmen, daß Herr Strejemann immer darauf bedacht gewesen wäre, die Ausgaben des Reiches niedrig zu halten. Aber das ist ein großer Irrtum, wie an einem einzigen Beispiel gezeigt werden soll.

Es war im Jahre 1926. Die Gebrüder Mannesmann, an der Spitze von drei großen Unternehmungen stehend, waren in Geldverlegenheit. Sie teilten mit, daß sie ihre Erzfelder in Spanisch-Marokko verkaufen müßten, wenn das Reich ihnen nicht die Mittel

gäbe, um ihre innerdeutschen Unternehmungen zu sanieren. Das Reichswirtschaftsministerium lehnte dieses Ansuchen als wirtschaftlich ungerechtfertigt ab. Man entbede dann, daß außenpolitisch Gründe für die Erhaltung des Eigentums der Gebrüder Mannesmann in Spanisch-Marokko geltend gemacht werden könnten. So kam es, daß Herr Strejemann dem Reichstag eine Vorlage unterbreitete, durch die den Gebrüder Mannesmann ein Kredit von 9 1/2 Millionen Mark aus der Reichskasse zur Verfügung gestellt werden sollte.

Recht war diese Forderung beim Reichstag nicht durchzusetzen. Eine gewöhnliche Auslegung der gesetzlichen Bestimmungen hätte verlangt, daß die Kreditbewilligung für diesen Zweck durch ein ordentliches Gesetz erfolgte. Aber diesen Weg scheute man, weil man dabei die Gründe für die Kreditbewilligung hätte angeben müssen. Der Auswärtige Ausschuß, der zuerst angerufen wurde, lehnte die Kreditbewilligung ab. Erst der Haushaltsausschuß bewilligte ihn, nachdem alle bürgerlichen Parteien durch Dr. Strejemann unter härtesten Druck gelehrt worden waren. Keinerlei schriftliche Unterlagen über die Ursache Sicherheit und Verrentung des Reichs zu sehen gewesen wäre, ist dem Parlament gegeben worden. Dr. Strejemann verlangte den Kredit, die bürgerliche Mehrheit bewilligte ihn, trotzdem die Sozialdemokratie mit allen Mitteln sich dem widersetzte. Warum sollte man auch irgendeine nähere Prüfung vornehmen? Es handelte sich ja nicht um Erwerblos, um Klein- oder Sozialrentner oder um Angehörige des Mittelstandes, sondern um die große allmächtige Firma Mannesmann!

Das Ergebnis? Die 9 1/2 Millionen Steuer Gelder sind verloren. Keinen Pfennig davon sieht das Reich wieder. Herr Dr. Strejemann hat zwar die Gebrüder Mannesmann vor schweren Sorgen bewahrt. Dem Reich aber sind diese schweren Sorgen aufgebürdet worden. Aber auch den Steuerzahlern. Sicherlich denkt Herr Strejemann auch jetzt nach dem Verlust der 9 1/2 Millionen mit Tränen in den Augen daran, daß die Gebrüder Mannesmann nur unterzogen werden konnten, indem man „die Steuerzahler wie eine Zitrone“ ausgequetschte. Und wenn Strejemanns Behauptung richtig wäre, daß den Bauern, die ihre Steuern nicht zahlen konnten, die letzte Kuh aus dem Stall geholt werde, so würde er schuld daran sein, daß 40 000 Bauern ihre letzte Kuh hergeben mußten, damit die Gebrüder Mannesmann 9 1/2 Millionen erhalten konnten.

Brüssel, 4. März. (Radiomeldung.) Die Urtrechter Bombe ist am Sonntag in Brüssel geplatzt. Seit Tagen mischte man, daß Albert Franz Heine, eine seit vielen Jahren sehr verdächtige Brüsseler Persönlichkeit, der Urheber der Urtrechter Fälschung sei.

Am Sonnabend leitete die Brüsseler Staatsanwaltschaft das amirale Verfahren zur Aufklärung der Fälschung ein und machte sich nach dem genannten Franz Heine auf die Suche. Vergebens, denn dieser war einige Tage vorher nach London. Seine in Brüssel zurückgeliebene Frau leitete der Polizei jedoch mit, daß ihr Mann in Holland sei und sie ihn mit dem um 14 Uhr morgens aus Brüssel Südbahnhof folgenden Ausreisepaß zurückverwarte. Seine Frau bestätigte mit diesem Zuge ein und wurde sofort verhaftet. Seine Frau wurde ebenfalls in Haft genommen. Eine Mitschrift der Urtrechter Fälschung befand sich in den Taschen des Heine. Aus dem Bericht genommen, verurteilt er erst zu Lege, aber aber ab ein Geständnis ab. Er erklärte, der ehemalige Autor sowohl des gefälschten „Geheimvertrages“, wie der angeblichen Auslegung durch die französischen und belgischen Generalstäbe zu sein. Den Geheimvertrag habe er im wesentlichen nicht durch die Umstände gebotenen Änderungen von dem Text des Vortragsbündnisses zwischen Frankreich und Holland geschrieben. Die Auslegung der Generalstabs habe er glatt erfinden. Die Unterschriften seien gefälscht und die angeblichen amtlichen Siegel des belgischen Generalstabes nicht aus dem Archivar einer belgischen 25-Gentimes-Waage aus der Kriegszeit. Von der Staatsanwaltschaft wurde zunächst nichts weiter bekannt gegeben, weil die Aussagen Heines zahlreiche Persönlichkeiten kompromittieren, die zunächst

in Haft bzw. ins Verhör genommen werden mußten.

Das Brüsseler Nachmittagsblatt „Soir“ enthält am Sonntag einen langen Bericht eines nach Amsterdam entsandten Redakteurs, der, wie er mitteilt, Heine in dieser Stadt zufällig getroffen habe. Heine habe ihm mit größter Bereitwilligkeit die ganze Vorgeschichte der Fälschung, sowie seine eigene Rolle dabei geschildert. Vor einigen Jahren gründete Heine in Brüssel eine, übrigens von niemand irgend wie ernst genommene Zeitschrift „Nouvelaux Jours“, die einer ausgesprochen deutschpropagandistischen und belgischfeindlichen Charakter hatte. Im Dezember 1927, so erzählte Heine nach der Darstellung des „Soir“, hat Kurt Hugenberg, Brüsseler Korrespondent des deutschen Nationalen Berliner „Tag“ (Hugenberg), der Leitung der „Nouvelaux Jours“ Geldunterstützung von Hugenberg an. Vom 12. bis 17. Februar 1928 organisierte derselbe Kurt Hugenberg heimliche Zusammenkünfte zwischen zwei deutschen Spionen namens Inger und Heifer und führenden französischen Nationalisten. Im März 1928 wurde Heine von einem gewissen Konrad Gauer schriftlich nach Köln berufen, um ihn die Gründung von Spionageagenturen in Frankreich und Belgien vorzubereiten. Nach seiner Rückkehr nach Brüssel benachrichtigte Heine aber — immer nach seiner eigenen Erzählung — die belgischen Behörden. Das amtliche Deutschland, führt Heine fort, schloß ihm der Friedenverträge die Spionageverträge, bildet gern private Spionageagenturen und laßt unter Umständen die Frucht ihrer Arbeit. In meinem Falle wurde mir von dem damaligen deutschen Geschäftsträger in Brüssel, Herrn von Madenfen, einem Sohn des Generals von Madenfen, das Referatium kostenlos erteilt, aber vorfischhaber im Referatium

Ratifizierung des deutsch-südafrikanischen Handelsvertrages



Belagerung aus Kapstadt zufolge hat das südafrikanische Parlament nunmehr den Handelsvertrag mit Deutschland mit knapper Mehrheit ratifiziert. Der Vertrag sieht befristet die Gleichstellung Deutschlands mit dem englischen Mutterlande vor, weshalb gegen ihn von seiten der englischen Öffentlichkeit und den Engländern in Südafrika, die im Parlament zu der Regierung des Generals Herzog befristet in Opposition stehen. Sturm gelaufen wurde. Wiederholt hat es den Anschein, als würde die Regierung des Generals Herzog für den Durchbruch bei dieser aber doch gefestigt. Die Annahme des Vertrages liefert einen neuen Beweis für die Auflockerung des britischen Weltreiches, da es zum erstenmal der Fall ist, daß ein britisches Dominion einer fremden Macht die Gleichberechtigung mit dem Mutterlande sucht. — Unser Bild zeigt das Parlamentsgebäude in Kapstadt.

Die Reichsregierung bleibt im Amt

Der Reichspräsident stimmt dem Vorschlage des Kanzlers zu

Amlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler berichtet am Sonnabendmittag dem Reichspräsidenten über seine Bemühungen, eine Regierung auf freier Grundlage zu schaffen. Nach den Verhandlungen mit den beteiligten Fraktionen habe er festgestellt müssen, daß zurzeit eine solche Umbildung der Reichsregierung nicht möglich ist. Der Reichskanzler schlägt daher dem Reichspräsidenten vor, daß die Reichsregierung ohne Veränderung ihrer gegenwärtigen Zusammensetzung im Amt bleibt. Der Reichspräsident stimmte diesem Vorschlag zu.

gerlichen Parteien oder mit der ganzen Sozialistischen Schöpfung mochten.

Diese Ausführungen gaben dem Vertreter des Parteivorstandes R. v. d. B. ein Bild der Lage der Partei zum Ausgang der Sozialistischen Bewegung und die Auffassung irreführender Vorstellungen zu unterstellen. Es sei ferner, für alle Phasen des Kampfes gegen die Sozialistischen Parteien aufzustellen. Sandlungen und Bewegungen seien zu vermeiden. Man könne in der Partei auch ohne Revolution leben.

Nach überprüfender Annahme eines Schlußantrages hielt Reichsstadtdirektor v. d. B. das Ergebnis in, in welchem er sich insbesondere gegen Müller und Franke wandte. Die Ansicht, er sei von einem Mitgliede des Preussischen Landtages nicht erwartet hätte. Der Entwurf des Reichsvereinsgesetzes sei nicht durch die Schuld des sozialdemokratischen Ausschusses, sondern infolge des Eingreifens Preußens verdrängt worden. Der so argumentierte Müller, von dem man sagen, daß seine Objektivität nicht so sei, wie man sie von Parteigenossen erwarten müsse. Die Annahme der Parteigenossen in der Haltung der Reichsregierung im Ruhr-Metallstreik gelang wieder. In der 21. Schlußsprache in der Zeitungsindustrie, gefüllt in ein Ziel, der der größte Teil der Industrie unter

einer starken Depression leidet, seien doch auch etwas, was man nicht unterlassen lassen könnte. In Mitteldeutschland müsse man klar hervorgehen, wo die SPD. auftritt und die SPD. anfängt. Eine solche Kritik sei unbedingtes Erfordernis. Zum Schluß seiner sehr temperamentvollen und sportivierten Ausführungen betonte er, daß die Einwendungen, die der Vorgang zur Behörde vorgebracht hatte.

Nach Ablehnung eines von Bezirksleiter Peters empfohlenen Antrages, von der Beschäftigung über einen der vorliegenden Vertragsunternehmungen abzuweichen, wurde der bereits erwähnte Leitzinger Antrag mit 34 Stimmen angenommen. Die Mehrheit setzte sich hauptsächlich aus den Delegierten der Unterstegelei, Halle und Merseburg.

Die Wahlen.

Die Wahl der Mitglieder des Bezirksausschusses, des Bildungsausschusses, des Sekretärs im Parteiauswahl und der Revisorien erfolgte durch Juri, es erfolgte einmütige Wiederwahl der bisherigen Vorkomitees.

Nach Erzielung zweier Anträge schloß Bezirksvorsitzender Peters die Tagung mit der üblichen Schlußansprache und einem von den Anwesenden begeistert aufgenommenen doch auf die Partei.

Kreis Delitzsch

Gegen rückwärtiges Gehen.

Der Vorstand des Kreises Delitzsch gibt uns folgendes bekannt: „Ich immer werden mit Klagen vorgetragen, daß durch rückwärtiges Gehen der Sozialdemokratie ein gefährliches Stellen im Auge der Straße Bitterfeld-Beitzig unter anderem in den Gemeinden Bismarck, Bismarck und Schloß sowie im Auge der Straße Düben-Beitzig besonders in den Ortsteilen Genthin und Döbmitz nicht nur der allgemeine Durchgangsverkehr gefährdet würde, sondern auch die Bürgerhäuser und Straßen für sich in erhebliche Lebensgefahr brachten. Eine Reihe von Unfällen war auch im vergangenen Jahre wieder zu verzeichnen. Ich sehe mich deshalb, mich in Vorschlag, geworben, während der Sitzung der Kreisverwaltung ein Anträge einbringen mit der Überwachung und Regelung eines geordneten Durchgangsverkehrs besonders auf den oben genannten Straßen zu beauftragen.“

Kreis Zörgen

Ein Wohnungsbauprogramm.

50 Wohnungen will die Stadt Zörgen bauen. Schlußantrag gegen Postkammer. — Umbau der Postkammer-Schule.

In einer Sitzung des Magistrats mit dem Bauausschuß wurde über das neue Bauprogramm der Stadt für das Jahr 1929 gesprochen und ein solches von 50 Wohnungen vorgelegt. Unter der Voraussetzung, daß die Aufschubbescheide die Zustimmung zur Ueberweisung der Hypothekentragende geben wird, wird dieses Projekt in diesem Jahre durchgeführt werden. Es wurde be-

schlossen, in erster Linie die Postkammer im Friedrichsplatz und ein Doppelwohnhaus zu belegen. Auf dem Grundriss des Königsdammes ist ein Grundstück von drei Häusern vorgesehen.

Im der Magistratsitzung wurden die nötigen Schlußanträge gegen die Postkammer-Schule beschlossen. Die Stadt hat nur die Sicherung der Klimate zu übernehmen. Die Durchlässe durch die Klimate werden durch Sanddämme, Dämme usw. gesichert.

Es wurde weiter über die Umbauung des Maden- und Gymnasiums in eine Realschule diskutiert. Für das kommende Schuljahr kommt eine Umbauung nicht in Frage. — Die von der Regierung geforderte Erweiterung einer zweiten Realschule an der Volkshausstraße ist abgelehnt worden mit der Begründung, daß die Erweiterung jetzt noch nicht geeignet sei.

Zwei Meter hoher Schnee.

Im Kreis Zörgen mochten sich infolge der Schneeeinwirkungen starke Vereisungen bemerkbar machen. An der Straße Bismarck-Walden sind von den Bäumen nur noch die Spitzen aus den Schneemassen heraus. Im allgemeinen bestehen auf den Straßen Schneewaldungen in einer Höhe von zwei bis zweieinhalb Meter. Wo eben noch der Schneefuß gearbeitet hat, ist in einer Zeit von einer halben Stunde wieder eine Schneehöhe von einem Meter vorhanden.

Die Lichterburg wird verkauft.

Wie bekannt, soll die Lichterburg, das frühere Zentralfestungsamt, an die holländische Röhre verkauft werden, zu welchem Zwecke die Röhre soll, ist noch nicht bekannt. Angeblich soll ein Röhre daraus werden. Die Kaufverhandlungen sollen schon bei der Auktion des Geländes begonnen haben.



Der diesjährige Haushaltsplan.

Die Beratungen des Haushaltsplanes werden die nächsten Stadtsitzungen wieder voll im Anspruch nehmen. Der ausgearbeitete Plan bringt in allen Beziehungen wesentliche Veränderungen. In der Hauptsache wird die Stadt nicht zu vergrößern ist. Inwieweit eine Erhöhung der Realsteuern notwendig ist, werden die Beratungen der Stadtsitzung klären.

Beim Etat 1929 beträgt die Summe der Ausgaben von 2.000.000 M., die Einnahmen von 1.900.000 M., also ein Defizit von 100.000 M. Die Einnahmen sind in dieser Höhe durch die Erhebung von 200.000 M. auf 1.700.000 M., also um 270.000 M. erhöht. Eingekauft sind in dieser Höhe von 200.000 M. auf 1.700.000 M. Die Einnahmen sind in dieser Höhe durch die Erhebung von 200.000 M. auf 1.700.000 M., also um 270.000 M. erhöht. Eingekauft sind in dieser Höhe von 200.000 M. auf 1.700.000 M., also um 270.000 M. erhöht.

vorgezogen, daß nur Werksbühnen Handwerker beschäftigt werden sollen. Die Werksbühnen und die Konsumvereine werden sich also in Zukunft die Handwerker genau ansehen müssen, damit auch sie keine „Einkaufsstellen“ unterstützen, von denen sie befangen sind.

Über das für die Mitteldeutsche Handwerkervereine in der „Liberal“ und die vorliegende Vereinbarung geht über, daß das Handwerk gewillt ist, mit den Deutschnationen (dem weiter ist der Landbund doch nicht) Hand in Hand zu gehen. Weiter Freiberger, Scheide, Reber, was sagen Sie dazu? Sagen Sie auch in den Landbunden? Beteiligt kommt denn die Einzelkämpfer für die Stadtsitzungsversammlung.

Der fällige Lohnausfall.

Am Freitagvormittag ereignete sich im Raum wieder ein Unglücksfall. Der bei der Firma Dietrich beschäftigte Arbeiter Hermann Müller erkrankte infolge der Hitze aus. Dabei fiel ihm eine metallene Schürze auf den Fuß, wodurch er einen Beinbruch erlitt. Der Verunglückte wurde durch die Feuerwehr nach der Ambulanz gebracht, von wo er nach dem Krankenhaus seiner Heimatstadt Delitzsch überführt wurde.

Rollenhausbesprechung.

In der Nacht zum Sonntag ereignete sich in der Fabrikanlage der Gewerkschaft Nibel eine schwere Rollenhausbesprechung, das Rollenhaus wurde fast zerstört und im Innern hatte das Feuer die ganze Fabrikanlage erfaßt. Die Verursacher des Unglücks sind noch nicht bekannt. Die Fabrikanlage ist vollständig zerstört. Zwei Arbeiter Opfer dieser Explosion geworden. Die Fabrikarbeiter können aus dem Innern der Fabrikanlage entkommen. In der Fabrikanlage wurden in Folge der Explosion 20 Arbeiter verletzt.

Kreis Sangerhausen

Sangerhausen (Stadt)

Für wen gilt die Schweigepflicht?

Der Stadtrat hat beschlossen, daß die Schweigepflicht für den Magistrat der regelmäßigen Sitzungen gilt. Die Beratungen der Stadtsitzung sind geheim, aber jeder darf die Beschlüsse der Stadtsitzung mitteilen. Die Schweigepflicht gilt für den Magistrat der regelmäßigen Sitzungen. Die Schweigepflicht gilt für den Magistrat der regelmäßigen Sitzungen. Die Schweigepflicht gilt für den Magistrat der regelmäßigen Sitzungen.

Eine Musterorganisation

Der SPD-Ortsverein Saalkammer ein leuchtendes Beispiel Durch Einmütigkeit große Erfolge erzielt

In hundertjähriger Zeit hatten sich trotz großer Mühen und Bemühungen der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in Saalkammer (früher Raasdorf) im Sommer 1928 ein Musterorganisation eingestellt. Stolz und Befriedigung lösten die von den Vorstandmitgliedern abgegebenen Berichte an.

Wachsende Mitgliederzahl, lebhafter Organisationsbetrieb.

Fortgesetzt vertreten kultureller Veranstaltungen und die Aufnahme der Schul-, Jugend- und Bildungsarbeit waren Punkte, die der Vorsitzende, Genosse v. d. B., in seinen Jahresberichten hervorgehoben hat. Ein neues neues Mitglied konnte durch eifriges Werbearbeit gewonnen werden. Mehrere jugendliche Monatsversammlungen bewiesen die Aktivität und das lebhafteste Interesse unserer Mitglieder am Parteileben. Eine Reihe von Besuchen der Ortsvereine in Saalkammer und umhergehenden Besuchen. Ein besonderes Aufsehen bei Frauen nach Wittenberg und der traditionellen Klassenausflug nach Eisenberg förderten Heiligkeit und Zusammengehörigkeit.

der Arbeit zu danken ist, daß in diesem kommunalpolitischen Kampfe nicht der Stärkere, sondern das Recht siegreich blieb. Allen Genossen, die in diesem Ringen ihre ganze Kraft in den Dienst unserer Gemeindefürsorge gaben, soll der besondere Dank des Ortsvereins ausgesprochen werden.

Ein Anknüpfen an diese Ausführungen wurden die Beschlüsse für die bevorstehende Stadtsitzung.

Es dürfte wohl die letzte Sitzung gewesen sein, zu der der Schulvorstand in der vergangenen Woche zusammengetreten war. Es galt wohl, noch einige dringliche Angelegenheiten zu erledigen, die nicht aufgeschoben werden konnten, bis die offizielle Veröffentlichung der Beschlüsse erfolgt. Eine Fortsetzung des Schulvorstandes (Schulrat), dessen Schule von einer Reihe von Kindern aus der dicht an Döllsdorfer Grenze gelegenen Siedlung bedient wird, auf Ueberweisung des im zunehmenden Beschlüssen in Höhe von jährlich 700 M. wurde einstimmig beschlossen. Eine Beschlüsse der Stadtsitzung genehmigt. — Ein Antrag an die Regierung auf Bewilligung eines einmaligen Ergänzungsausschusses zur Finanzierung und Unterhaltung eines angemessenen Klassenraumes wurde ebenfalls einstimmig genehmigt. Eine Beschlüsse der Stadtsitzung genehmigt. — Ein Antrag an die Regierung auf Bewilligung eines einmaligen Ergänzungsausschusses zur Finanzierung und Unterhaltung eines angemessenen Klassenraumes wurde ebenfalls einstimmig genehmigt.

Bei den Wahllokalen konnte der Ortsverein

erhalten für die durch drei Jahre hindurch geleitete Organisationsarbeit.

Bei den Wahllokalen konnte der Ortsverein

erhalten für die durch drei Jahre hindurch geleitete Organisationsarbeit.

Bei den Wahllokalen konnte der Ortsverein

erhalten für die durch drei Jahre hindurch geleitete Organisationsarbeit.

Bei den Wahllokalen konnte der Ortsverein

erhalten für die durch drei Jahre hindurch geleitete Organisationsarbeit.

Bei den Wahllokalen konnte der Ortsverein

erhalten für die durch drei Jahre hindurch geleitete Organisationsarbeit.

Bei den Wahllokalen konnte der Ortsverein

erhalten für die durch drei Jahre hindurch geleitete Organisationsarbeit.

Bei den Wahllokalen konnte der Ortsverein

erhalten für die durch drei Jahre hindurch geleitete Organisationsarbeit.

Bei den Wahllokalen konnte der Ortsverein

erhalten für die durch drei Jahre hindurch geleitete Organisationsarbeit.

Bei den Wahllokalen konnte der Ortsverein

erhalten für die durch drei Jahre hindurch geleitete Organisationsarbeit.

Bei den Wahllokalen konnte der Ortsverein

erhalten für die durch drei Jahre hindurch geleitete Organisationsarbeit.

Bei den Wahllokalen konnte der Ortsverein

erhalten für die durch drei Jahre hindurch geleitete Organisationsarbeit.

Bei den Wahllokalen konnte der Ortsverein

erhalten für die durch drei Jahre hindurch geleitete Organisationsarbeit.

Die oben genannten Verbände Mitteldeutscher Handwerkerverband und Landbund

haben sich zum Zweck, die Interessen der Handwerker und Bauern zu vertreten, gegründet. Die Handwerker und Bauern sollen in der Lage sein, ihre Interessen zu vertreten.

Die oben genannten Verbände Mitteldeutscher Handwerkerverband und Landbund

haben sich zum Zweck, die Interessen der Handwerker und Bauern zu vertreten, gegründet. Die Handwerker und Bauern sollen in der Lage sein, ihre Interessen zu vertreten.

Die oben genannten Verbände Mitteldeutscher Handwerkerverband und Landbund

haben sich zum Zweck, die Interessen der Handwerker und Bauern zu vertreten, gegründet. Die Handwerker und Bauern sollen in der Lage sein, ihre Interessen zu vertreten.

Die oben genannten Verbände Mitteldeutscher Handwerkerverband und Landbund

haben sich zum Zweck, die Interessen der Handwerker und Bauern zu vertreten, gegründet. Die Handwerker und Bauern sollen in der Lage sein, ihre Interessen zu vertreten.

Die oben genannten Verbände Mitteldeutscher Handwerkerverband und Landbund

haben sich zum Zweck, die Interessen der Handwerker und Bauern zu vertreten, gegründet. Die Handwerker und Bauern sollen in der Lage sein, ihre Interessen zu vertreten.

Die oben genannten Verbände Mitteldeutscher Handwerkerverband und Landbund

haben sich zum Zweck, die Interessen der Handwerker und Bauern zu vertreten, gegründet. Die Handwerker und Bauern sollen in der Lage sein, ihre Interessen zu vertreten.

Die oben genannten Verbände Mitteldeutscher Handwerkerverband und Landbund

haben sich zum Zweck, die Interessen der Handwerker und Bauern zu vertreten, gegründet. Die Handwerker und Bauern sollen in der Lage sein, ihre Interessen zu vertreten.

Die oben genannten Verbände Mitteldeutscher Handwerkerverband und Landbund

haben sich zum Zweck, die Interessen der Handwerker und Bauern zu vertreten, gegründet. Die Handwerker und Bauern sollen in der Lage sein, ihre Interessen zu vertreten.

Die oben genannten Verbände Mitteldeutscher Handwerkerverband und Landbund

haben sich zum Zweck, die Interessen der Handwerker und Bauern zu vertreten, gegründet. Die Handwerker und Bauern sollen in der Lage sein, ihre Interessen zu vertreten.

Die oben genannten Verbände Mitteldeutscher Handwerkerverband und Landbund

haben sich zum Zweck, die Interessen der Handwerker und Bauern zu vertreten, gegründet. Die Handwerker und Bauern sollen in der Lage sein, ihre Interessen zu vertreten.

Die oben genannten Verbände Mitteldeutscher Handwerkerverband und Landbund

haben sich zum Zweck, die Interessen der Handwerker und Bauern zu vertreten, gegründet. Die Handwerker und Bauern sollen in der Lage sein, ihre Interessen zu vertreten.

Die oben genannten Verbände Mitteldeutscher Handwerkerverband und Landbund

haben sich zum Zweck, die Interessen der Handwerker und Bauern zu vertreten, gegründet. Die Handwerker und Bauern sollen in der Lage sein, ihre Interessen zu vertreten.

Privatinteressentenstunereien über die Bauhütten

Zweite Lesung des Justizgesetzes

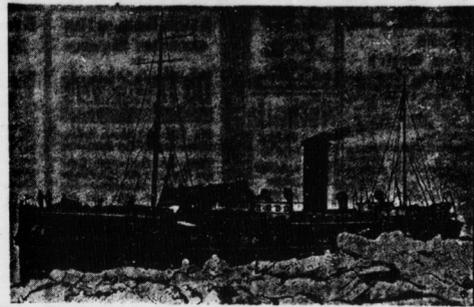
Berlin, 3. März. (Fig. Bericht.)

Der Preussische Landtag erledigte am Sonnabend die zweite Lesung des Gesetzes für Volkswohlfahrt. Dieser letzte Tag der Debatte war fast ganz ausgefüllt mit den Auseinandersetzungen zwischen Wirtschaftsparteien, dem Zentrumswirtschaftsminister und den Sozialdemokraten. Keine Unklarheit ist den Sachverständigen zu schaffen, um sie nicht gegen die öffentliche Bauhütten zu verzeihen. Die ungeheuren Gewinne der Bodenbesitzer werden vollständig in den Einkommen und Gehältern der Bauhüttenbesitzer verteilt. Über die Bauhütten wird die Bodenbesitzerfrage sozial eingestuft. Die Bauhütten sind über die Zustände in den Bauhütten, den Produktionsgemeinschaften der Bauarbeiter selbst. Nur ein Beispiel: Der desnationalistische Abgeordnete Dornow erregte den Landtag, die Bauhütten Magdeburg verlangen von jedem bei den Bauhütten Arbeiter Austritt aus der Bauhütten und Hebung seiner Arbeiter in die weltliche Schule. Freigelegt wird, daß die Bauhütten Magdeburg ihre Arbeitskräfte vom öffentlichen Arbeitsnachweis bezieht und daß niemals mit einem Arbeiter oder Angehörigen über seine Stellung zur Religion verhandelt worden ist. Die Einzelberatung des Volkswohlfahrtsgesetzes wurde von den Kommunisten kaum benutzt, da fast jeden einzelnen Titel die plumpsten Schimpfereien gegen die Sozialdemokratie zu halten. Insbesondere trugen die Herren Kommunisten sämtliche Sägen der „Koten Fahne“ vor, die im Laufe des letzten Jahres gegen die Arbeiter-Sportbewegung vertrieben worden sind. Gesamtwort wurde von sozialdemokratischer Seite nicht gesprochen.

In vorgedachter Sonnabend-Nachmittags-Sitzung trat man noch in die zweite Lesung des Justizgesetzes ein und nahm die Einführungsrede des Justizministers Dr. Schmidt entgegen. Schmidt ist ein wirklich moderner Jurist, der sich reibliche Mühe gibt, Redepredung und Volksempfinden einander einigermassen näherzubringen. Aber er hat keine Liebe für die in den preussischen Richtern, die in ihrer „unabhängigen Stellung“ befreit sind, wenn man von ihnen verlangt, daß sie nach Recht und Gesetz urteilen und insbesondere das Grundgesetz des Staates, die Weimarer Verfassung, unbedingt respektieren sollen. Innerhalb kann man dem Justizminister nicht bestreiten, daß es in den zwei Jahren seiner Amtsführung auf einzelnen Gebieten allmählich besser geworden ist.

Die eigentliche Justizdebatte beginnt am Montag.

Russische Eisbrecher kommen zu Hilfe



Nachdem der Kampf gegen die übermächtigen Eismassen der Ostsee immer schwieriger geworden ist, haben sich die zuständigen Reichsbehörden gezwungen gesehen, russische Eisbrecher zur Hilfeleistung anzufordern. Die beiden Eisbrecher „Jermak“ und „Ljapunov“ befinden sich bereits auf der Fahrt nach Ostpreußen. Ihre Aufgabe wird es sein, die in der westlichen Ostsee verbleibenden Schiffe freizumachen und vor allen Dingen auch einen Weg durch den Kaiser-Wilhelm-Kanal zu bahnen. Unterhalb zeigt einen der Eisbrecher auf seiner Fahrt nach Deutschland.

Der Zigeunerbaron

Eine neue Geschichte von den Dummen, die nicht alle werden

Das Schöffengericht in Kirschau hat im vergangenen Monat den Zigeuner Paul Kreuzer wegen Betruges und Untereignung zu sieben Monaten Gefängnis, seine Frau erhielt fünf Monate Gefängnis. Die abgeurteilten Personen waren höchst romantischer Natur.

Kreuzer kann weder lesen noch schreiben. Mit der Arbeit fand er nie auf gutem Fuß. Dennoch lebte er mit seiner Gattin in fünf Wohnräumen und die schönsten Pferde. Wo er auftauchte, ließ er sich nicht lumpen und besaß seine Kundenbesitzer große Begehren. Das verhoffte ihm in der Gegend des Oberrheins den Namen „Zigeunerbaron“. Niemand wollte kündigt, woher der Herr Baron sein dieses Geld hatte. Eines Tages lief jedoch eine Kutsche bei der Polizei ein, die der Gatte nachging und das Zigeunerpaar beschloß. Ein in der Verhandlung vor dem Schöffengericht auftretender Sammelgenosse hatte Kreuzer und seine Ehefrau benannt, und zwar aus Weid. Dieser Sammelgenosse war der Sekretär und Korrespondent des Barons. Nicht weniger als dreißigmal wurde der Baron Kreuzer als „Baron“ in den Zeitungen aufgeführt. Weil der Bauer zu häufigerweise ihre Hinblinder, Genservant und Ratsoffizier, aufgehoben hatte, ließ die Regierung sich von ihm einziehen, sprang zum Schluß

seinen Egenwusch über die Familie aus und belohnte dafür 20 Mark Zinsgeld. Der Besatzungsgebe behauptete allerdings, der Bauer habe für die 20 Mark verlangt, die Zigeunerin solle seine im Zinsgeld ausfindliche Ehefrau „totbeuten“ aber auf andere geheimnisvolle Art beiseite, weil er inzwischen eine Haushälterin engagiert hatte, die von ihm bereits ein Kind bekam. Der Bauer behauptete jedoch die Zigeunerin unter dem Namen „Dorff“ erhalte er dem Gericht die Geschichte, wie ihn das Zigeunerpaar um Geld und Gut prellte. Beide hatten ihm von einem in Keller seines Hauses vergrabenen Schatz in Höhe von 20000 Mark erzählt. In Drott, Zigeuner Bauer und Haushälterin, stiegen sie in den Keller, hatten dort einige Schachteln Erde los und fanden ein Pfund- und ein Zweimarkstück. Einen Schatz zu haben, sofort jedoch Geld; der Bauer gab es. Nach und nach merkte man, dass der Bauer in die Hände des Zigeuner. Er mußte sogar eine Waldpartelle verkaufen, um den unbilligen Geldwucherer zu befriedigen. Einen Tages nach dem „Baron“ mit zwei „Küchlein“, die in einem Kesselkessel gekocht haben sollte. Aber damit „Gott der Herr“ das Glück sende, mußten der Bauer und die Haushälterin vor dem 1200 Mark „den Armen opfern“. Die Verteilung und die Auswahl der Schöffengericht übernahm selbstverständlich die Zigeunerin. Das Baronein entscheidende vor Gericht seine Nebenbuhler mit „Hoffe“. Die Hauptbuhler seines Anklägers dürfte aber wohl sein Wunsch gewesen sein, durch „Lobesreden“ seine im Zinsgeld stehende Frau loszumachen.

Althändler in Cesseln. Scheidemann charakterisiert die Volkspartei.

In Potsdam fand am Sonnabend eine große Kundgebung der Reichsanstalt statt, in deren Verlauf der Abgeordnete Scheidemann sprach. Er führte u. a. aus: Das Verhalten der Reichspartei ist wirklich schwer zu fassen. Die Folgen der Benennung von Wangel, der Reichsminister, sind anerkennend zu würdigen in Cesseln geworden. Eine Streifenmann, den einzigen politischen Kopf dieser Partei, ist es fasslicher dem Untergang geweiht. Aber wie lange kann Streifenmann noch sitzen bleiben, wenn er seine Funktion nicht mehr richtig erfüllt?

Die SPD hat sich ganz besonders bei der Regierungfrage ausschließlich von sozialpolitischen Gesichtspunkten leiten lassen. Das gleiche darf man von der linken Partei der Demokratie sagen. Ueber die Politik des Zentrums kann ich heute noch nichts sagen, weil ich sie bisher nicht habe kennen können. Das aber ist sicher, daß die Volkspartei sagen zu dürfen: sie offen und getreuen Feinde der Republik seien, wenn sie des Glaubens sein sollten, der Republik den Hals umdrehen zu können. Die deutsche Arbeiterpartei ist auf der Front, und das Reichspartei würde es freudig begrüßen, wenn sie wieder von Tag zu Tag, größer als der Tag der Arbeiter gegen die Republik ist unsere Ziele zu ihr und unsere Anstrengungen, sie zu führen zu können, was so fern ist. Der Wunsch Scheidemann, daß Reichsminister Hermann Müller sich gegen und unerschütterlich „Willemschaft“ begeben würde, so wie sie dem unerschütterlichen Kameraden Wert zu eigen war, wurde mit herzlichem Jubel begrüßt.

Der Leipziger Messenonntag. Besuch besser als erwartet.

Leipzig, 4. März. (M.D.B.) Der Besuch auf der Frühjahrsmesse ist aus dem Inn- und Ausland besser, als man bei der teilweise schwierigen Lage und den erschwerenden Verkehrsverhältnissen erwarten konnte. Gestern vormittag fand der Empfang der Ehrenmitglieder die Freileistung statt. Es waren erschienen Reichsminister Wiffell als Vertreter der Reichsregierung, Mitglieder der sächsischen Staatsregierung und anderer Landesregierungen, Staatssekretäre aus dem Reichsministerium und sächsische Vertreter des Berliner diplomatischen Korps. Die Ehrengäste begrüßte der Vorstand des Leipziger Messenamtes, Dr. Döhler, dessen Ausführungen die sächsischen Wirtschaftsminister, des Reichsarbeitsministers und des Direktors der Leipziger Messe folgten.

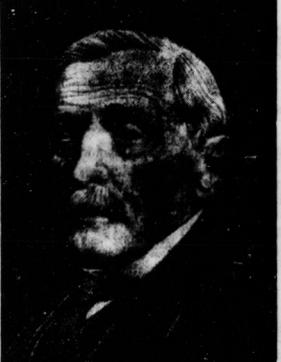
Arthur Crispian zum Wehrprogramm-Entwurf.

Jena, 4. März. (National-Ztg.) Auf dem Sonntag stattgefundenen Parteitag der SPD. Thüringens erklärte der Vertreter des Parteivorstandes, Abgeordneter Crispian, im Verlauf einer ausführlichen Debatte über den Entwurf des Wehrprogramms, daß die Unabhängige Sozialdemokratie keineswegs der berechtigten Ansicht sei, welche bestimmte Teile des Entwurfs hat. Die USPD hätte im gegebenen Falle beschlossene Mitglieder ihrer Partei nach Oesterreich entsandt. Abgeordneter Crispian ist Mitglied der Wehrprogrammkommission.

Vormittagsmusik Eva Jellens-Schmann und Gerhard Schmann.

Zu den beliebtesten musikalischen Veranstaltungen, die das Künstlerpaar Jellens-Schmann alljährlich in Halle gibt, gehören auch die Vormittagsmusiken. Dieses Mal hörten wir Lieber und Arien aus dem 16. bis 19. Jahrhundert. Das Programm war mit wertvollen Stücken angefüllt, welche zwischen westlichen und geistlichen Komponisten, zwischen englischen und französischen Komponisten. Wir hörten von Handel Werke in Orchesterform und verschiedene Arien, die immer wieder ihrer Wirkung fähig sind. Aus dem weiteren, sehr interessanten Programm haben wir besonders die Arien, aus galanter Zeit von Georg Wagners hervor, die in ihrer Art den französischen Stil widerspiegeln, während der berühmte Telemann mit seiner effröhlichen „Wie die verheiratete Stimmung“ vertreten war. Die verschiedenen Untergänge musikalisch sein geht – haben wenig persönliche Note und interessieren eigentlich nur den Liebhaber des alten Stils. Eine Abwechslung in die Vortragsweise brachte Schuberts „Auf dem Strom“ mit Cello-Begleitung. Es läßt aber seine rechte Wirkung aus.

Wilhelm v. Dode.



Der erste wenn er auf dem Gebiet der bildenden Künste, Neugestaltung der Berliner Museen und Weltanwörter in allen Fragen des Kunstwesens, stand im Alter von 88 Jahren. Mit Dode ist die bedeutendste Persönlichkeit aus dem Kreise der Kunstförderer und Museumswörter der vergangenen Zeit. Sein Ruf als Förderer und Schlichter wurde international und hatte überall, wo alte Kunst gefördert wird, den besten Klang. Sein Lebenswerk gültel in der Gründung des Kaiser-Friedrich-Museums, zu dessen finanzieller Unterstützung Dode die Finanzmittel glücklich heranzubringen mußte.

Der Unterdrücker, der sich mit dem Namen der Freiheit deckt, ist der ärgste Unterdrücker.

13jährige Mutter.

In Hausmannig im Bezirk Altmekten (Oesterreich) wurde eine 13jährige Schöne in der Schule von Schatzweihen überfallen. Die ganze im Hause ein Mädchen. Der Vater des Kindes ist ein 18jähriger Barock. Er wurde verhaftet, da die junge Mutter behauptet, von ihm vergewaltigt worden zu sein. Der Vorwurf ist, daß Dode noch bei sich im geistigen um zwei Jahre älter ausgegeben; von Vergewaltigung löste keine Rede sein.

Zierlicher Gatte.

Ein Wiener Gemischtwarenhändler, der seinen Alkohol vertreiben kann, war bei einer Feier mit Freunden (sogar insofern des Genusses einer geringen Menge Wein statt betrunken geworden. Weniger Freunde hatte die neue Gattin, der der Helmgehrte einen weißen Stempel befestigt. Es kam schließlich zwischen den Gatten zu einem Handgemein, in dessen Verlauf der Betrunkenen ein Finger der linken Hand des anderen abgerissen wurde. Der Leberde konnte erst durch die Polizei befristet werden. Wegen „Lebentüchtigkeit der Volltrunkenheit“ wurde er zu 48 Stunden Arrest verurteilt. Die Gattin hatte die Anzeige verweigert.

Selbstmord eines geisteskranken Wöhrdes.

Der jugendliche Wöhrdes des Strauerbistums Preysing aus Brandenburg, Erich Schmidt, hat sich in einem unbedachten Augenblick in seiner Liebe in der Landesirrenanstalt Görden bei Brandenburg am Zerstören erhängt. Sein Verbrechen schloß sich im April um dem Verbrechen an, an dem er verurteilt worden. Erich Schmidt, der im Prozesse als Zeuge vernommen wurde, war auf Grund der Beziehung in die Landesirrenanstalt geschickt worden, um dort auf seinen Geisteszustand untersucht zu werden. Man stellte schließlich eine Unzureichendigkeit fest. Das Verlangen in der Wöhrde wurde deshalb gegen ihn eingestellt werden.

Ein Millionenbetrüger. In Prag wurde der Oberleutnant Hugo Edel aus dem Welt heraus verhaftet. Er hat Veruntreuungen in Höhe von rund zehn Millionen Kronen begangen.

Der Hase auf dem Baum.

Ein heiteres Jägerglück trug sich dieser Tage in einem Hause an einem Waldrand in Wannau (Sachsen) zu. Infolge der hitzerigen Hitze sind die Hasen in hundertfacher Anzahl in die Gärten laufen, um dort ihren Hunger zu stillen. Ein „Zielverfolger“ kam nun auf den Gedanken, sich bei dieser Gelegenheit einen Hasen zu fangen, um sich einen hübschen Hasen zu verschaffen. Aber es kam der Fremden sein Hase nicht so leicht. Der Hasenradar nicht so. Dieser Radar nahm eine ihm unbedeutende Sache, nicht in einem Jägerhut, sondern die Hühner in das Fell und steckte die Hasenpoten dazu. Dann ließ er den Hasenpoten in den nach dem Hasen Gärten. Hier beschleunigte die Hasenpoten und begann seine Jagd. War das nur ein merkwürdiger Hase, den er so vor sich hatte. Das Tier sprang auf eigenartige Weise im Garten herum und ließ sich nicht in irgendeiner Sprünge über einen Baum. Der Jäger hinterdrein. Der Hase sprang in seiner Angst auf einen hochgewachsenen Apfelbaum und kletterte an dem Stamm hinauf. Das war dem Jäger nicht so, denn der Hase war nicht so hoch, daß er auf den Baum kletterte und es gelang, daß ein Hase, ein wackeliger Hase, auf dem Baum gelandet ist. War er zurückkam, war der erwartete Braten verschwunden.

40000 Wael vermintert

Der Kaufmännler Anton Gätters, der Besitzer des Wälders Wöhrde in der Wäldersstraße in Berlin-Charlottenburg; er ist geisteskrank. Er hat nach jahrelanger Wälders in Wälders, verkauft sie und bezahlt das Geld für sich. Wälders hätte der Umfang seiner Wälders nicht so viel größer sein. Das Antonas Wöhrde hat er vor drei Monaten erinner. Am 18. Februar verließ er Berlin und schrieb seinen Angehörigen aus Dresden, daß er am 26. Februar zurückkehren werde. Dieses Verprechen hielt er nicht. Die Angehörigen haben seit längerer Zeit kein Gehalt mehr bekommen. Das Antonas wird natürlich noch aufgefunden werden.

Eine Wittwensteuer. In Friedriesshausen wurde die 48 Jahre alte geistliche Wäldersfrau Schied unter dem Verdacht verhaftet, daß er am 26. Januar gestorbenen Frau des Pfarrers Schied, mit dem sie ein Verheirateter war, hielt, Arzney in des Hofen gemacht zu haben.

Der Kaufmännler Emil Götter, der wegen Ermordung des Direktors der Dörmersdorfer Margarinefabrik Rodmann zum Tode verurteilt wurde und anschließend auf Revision verurteilt, hat inzwischen ein Protokoll erstattet, daß er die Entschädigung des Reichsgerichts mündig.

Der Unterdrücker, der sich mit dem Namen der Freiheit deckt, ist der ärgste Unterdrücker.

